



Die Studierendenrevolte im Jahr 2009

Eine Antwort auf eine Kritik der Revolte in einem offenen Brief

von

Heinz Gess

Sehr geehrte Frau Dahlhaus,

Sie schreiben in einem Kommentar zu den im Kritiknetz veröffentlichten Artikeln „Kritik der neoliberalen Zerstörung der Universität“ (<http://bit.ly/88B5Tj>) und „Thesen zur autoritären, kapitalförmigen Transformation der Universität im ‚New Age‘“ (<http://bit.ly/5549ZX>) von Gerhard Stapelfeldt und mir: „Ich für meinen Teil sehe hier .. kein ‚reflexives Bewusstsein‘. Denn würde dieses vorhanden sein, würde es erstens nicht so ein positiv-gleichgültiges Echo aus der Politik gegenüber den Studierenden (Spiegel: "Die Sympathieträger") geben; und zweitens würden Studierende bei einem vorhandenen Reflexionsvermögen über die derzeitige Gesamtsituation und insbesondere die Stellung der Universität im politischen und wirtschaftlichen Handlungsfeld nicht nur auf die Straße gehen und auf sich aufmerksam machen, sondern sie würden ihren Unmut in einem realistischen Interesse an der politischen Arbeit umsetzen. Da dies jedoch nachgewiesenermaßen bei der heutigen Studierendengeneration nicht der Fall ist, wird deutlich, dass es letztendlich nur um eigene, oft rein materialistische Interessen geht, die - wenn nötig - auch im egoistischen Kampf gegen die eigenen Reihen durchgesetzt werden sollen. Ein dritter, nicht unwesentlicher Faktor ist: Es fehlt der

Zusammenhalt zwischen den einzelnen Gruppen der Universität (Hochschulprofessoren, Lehrkräfte und Studierende). Unter diesen Voraussetzungen leitet es den äußeren Betrachtenden bei einem derartigen fast selbstzerstörerischen Bild doch beinahe dazu an, die Situation auszunutzen und die Autonomie der Universität im Sinne der Freiheit des Geistes, der Bildung und Aufklärung mit einem Stoß in den Abgrund zu versetzen.“

Ich bedanke mich sehr für Ihren kritischen Kommentar. Er gibt mir Gelegenheit, einige Frage zu klären, die ich möglicherweise bisher nicht hinreichend bedacht habe. Da ich schon zwei Essays in dieser Sache im Kritiknetz veröffentlicht habe, die vergleichsweise theoretischer Natur waren, möchte ich nun die Gelegenheit wahrnehmen, etwas persönlicher zu antworten. Das liegt bei einem Brief näher. Ich hoffe außerdem auch darauf, dass mancher Leser so eher Zugang zur Sache gewinnt.

Ich beginne von hinten, also mit dem letzten Punkt ihres Schreibens:

Sie bemängeln darin die fehlende Zusammenarbeit der Studierenden mit den übrigen Gruppen der Universität, diagnostizieren eine ‚selbsterstörerische Tendenz‘ und mutmaßen, diese Situation werden äußere Kräfte nutzen, die „Autonomie der Universität“ mit einem Stoß in den Abgrund zu versetzen.

Dazu soviel: Der Autonomie der Universität „im Sinne der Freiheit des Geistes, der Bildung und Aufklärung“ ist mit der neoliberalen Hochschulreform bereits schon der entscheidende Schlag versetzt worden. Es gibt sie nicht mehr. Stattdessen gibt es die Autonomie der Unternehmensleitung (Präsidium) und des Aufsichts- und Hochschulrates. Die Hochschulleitung ist nicht länger mehr demokratisch gewählter „Primus inter pares“, sondern unmittelbarer Dienstvorgesetzter der Hochschullehrer und ihnen gegenüber unmittelbar weisungsberechtigt. Die Hochschullehrer sind nicht mehr nur der Landes- oder Bundesverfassung verpflichtet, sondern ebenso auch dem „Profil der Hochschule“, d. h. der Marke, zu der die Hochschule sich machen will. Von der Autonomie des Hochschullehrers in Forschung und Lehre ist keine Spur zurückgeblieben. Das geschah im Übrigen ohne nennenswerten Widerstand der Gruppe der Hochschullehrer, so dass man zu Recht vermuten kann, „die Freiheit des Geistes und der Aufklärung“ sei schon vorher aus dieser Einrichtung entwichen. Wie anders lässt sich sonst das eifrige Mitmachen vieler Hochschullehrer erklären? Wie anders insbesondere das eifrige Vorpreschen so manches karrierebewussten, an Macht und Prestige interessierten Rektors (Rektorin) erklären, der sich jetzt zum Dank auch „Präsident“ und sein Rektorat, das mit sehr viel mehr Kompetenzen ausgestattet ist als zuvor, „Präsidium“ nennen kann. Dass diese

Damen und Herren an der Verteidigung der „Freiheit des Geistes, an Bildung und Aufklärung“ interessiert seien, habe ich während des ganzen Transformationsprozesses der Hochschule nicht bemerken können. Mit Schmerz habe ich vielmehr zur Kenntnis genommen, dass die Begriffe für sie nur leere Worthülsen waren ohne jeden inneren, verpflichtenden Sinn. Nicht um „Freiheit“ ging es diesen Damen und Herren in diesem Prozess, mit dem die Universität zum marktkonformen Betrieb umgewandelt wurde, der fortan nur noch verwertbare Wissenswaren und effizient arbeitendes Humankapital produzieren soll, sondern es ging ihnen um Karrieren, Stellen, Finanzmittel, Drittmittel (wozu auch immer, Hauptsache viel davon), um Außendarstellung, Werbung usw. usf. Wer dabei nicht mitmachte, sich quer stellte und die Entwicklung nicht etwa nur abstrakt, sondern auch an der eigenen Hochschule kritisierte und „Ross und Reiter“ zu nennen wagte – denn bekanntlich brauchen solch passive Transformationen von oben herab immer auch ihre willigen Vollstrecker, die sich damit nach oben dienen, der hatte als Hochschullehrer nicht gerade einen leichten Stand und bekam sehr deutlich zu spüren, dass die Freiheit der Kritik in der neuen neoliberalen Hochschule nicht mehr existiert – es sei denn der ‚Schuster bleibt bei seinem Leisten‘.

Die fehlende Zusammenarbeit der revoltierenden Studierenden ist, wie aus dem zuvor Gesagten schon hervorgeht, weniger den Studierenden als den Professoren selbst anzulasten, die die wenigen, an Aufklärung und Bildung interessierten, kritisch und politisch argumentierenden Studierenden regelmäßig vor ihren Karren im Betrieb der Interessen zu spannen versuchten, oder wenn das nicht klappte, sie fallen ließen oder entmutigten, indem sie sie als lästige Störenfriede des reibungslosen Ablaufs der Dinge behandelten oder aber mit Nettigkeiten und Privilegien ruhig stellten. Je höher die Stufe der Selbstverwaltung, auf der ein Professor angelangt war, um so eher neigte er meiner Erfahrung nach dazu, sich in dieser allein machtbezogenen, manipulativen Weise zu verhalten, bar jeden Interesses an einer wirklichen Diskussion und Verständigung. Die Studierenden verloren in der Folge solcher Verhältnisse, die auch wohl ein Resultat der zunehmenden Unterfinanzierung der Hochschulen ist, die stetig wachsende Studentenmassen aufzunehmen hatten, ohne dass die Anzahl der Professoren und anderen Lehrstellen auch nur annähernd im gleichen Maße erhöht wurden, jedes Interesse an der studentischen „Mitbestimmung“, die keine mehr war. Die studentischen Wahlen zu den Gremien wurden zur Farce, die Studentenschaft verlor zusehends jedes politische Interesse und Engagement. Wirklich ernsthaft Politik gemacht wurde an der Hochschule etwa seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr.

Die Idee der selbst bestimmten Republik forschender Lehrender und Lernender ist also zugrunde gegangen, noch bevor die Hochschulreform in Kraft trat. Ich behaupte, das war so auch von oben herab gewollt. Die selbst bestimmte Hochschule sollte zugrunde gerichtet werden, damit die Hochschule als kapitalförmiger Betrieb an ihre Stelle treten konnte. Ein Mittel dazu - und gewiss nicht das harmloseste - war die ebenfalls politisch gewollte beständig zunehmende Unterfinanzierung der Hochschulen.

Damit bin ich bei dem zweiten Punkt, in dem Sie die platt materielle Ausrichtung des studentischen Protestes am bloß egoistischen Privatinteresse (weniger Studiengebühren, weniger Prüfungen, bessere Raumausstattung etc.) kritisieren.

Die jungen Leute haben im Unterschied zu manchem wohlbestallten Professor mit ihrer Kritik an den schlechteren materiellen Verhältnissen, unter denen sie studieren, zum allergrößten Teil wirklich Recht. Die finanzielle Unterfinanzierung, von der ich oben sprach, betrifft nicht nur die Hochschulen, sondern auch den ganzen Zeitraum des Studiums. Das Studium ist sogar in erschreckend hohem Maße unterfinanziert. Mehr als jeder zweite Studierende muss neben seinem Studium arbeiten, um sein Studium finanzieren zu können. Bei immer mehr Studierenden reicht es längst nicht mehr, sich nur in den Semesterferien etwas dazu zu verdienen, sondern sie müssen auch im laufenden Semester ihrem Broterwerb nachgehen oder treten schon mit einem hohen Schuldenstand ins Berufsleben ein. Das mag für Studierende der Betriebs- und Finanzwirtschaft unerheblich sein, für Studierende der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, der Sozialwissenschaften und Geisteswissenschaften, deren späterer Arbeitlohn kaum über den Durchschnittswert hinausgeht, und manchmal wie bei Sozialarbeitern/Pädagogen darunter liegt, ist es das nicht. Hier ist dringend Abhilfe geboten. Ich halte es für einen unglaublichen Bildungsskandal, dass es hierzulande immer noch keine für alle Studierenden gleiche, geregelte Finanzierung des Studiums gibt und sie während des Studiums von der Sorge um den Lebensunterhalt nicht entlastet sind, weil ihnen das überhaupt erst die volle Konzentration auf ein im hohem Maße selbst bestimmtes Studium ermöglicht. Modelle dazu, wie das ermöglicht werden kann, gibt es einige. Umgesetzt wurde bislang nichts.

Unter dieser Voraussetzung, dass hier ein Unterschied besteht und das Eintreten der Studierenden für eine ordentliche Studienfinanzierung, die ihnen ein selbstbestimmtes Studium in Freiheit ohne die Sorge um den täglichen Lebensunterhalt und ohne Angst vor einer drückenden späteren Schuldenlast ermöglicht, richtig ist und nur unter dieser, möchte ich Ihrer Feststellung zustimmen, dass bei den jüngeren Studentenjahrgängen eine Reduktion ihres Enga-

gements auf das bloße Privatinteresse, das kleinbürgerlich-bornierte bloße Durchkommen (gleichgültig wie und womit), auf den Schein und nicht den Inhalt in einem Maße zugenommen hat, wie ich es in den 35 Jahren zuvor so nicht erlebt habe. Aber ich gebe Ihnen auch zu bedenken, dass das Verhalten, das sie bei den jungen Menschen kritisieren, eben jenes privaterbürgerliche, egoistische Konkurrenzverhalten ist, das für die Gesellschaftsform, in der wir leben, konstitutiv ist. Es wäre ein Wunder, verhielten sich die jungen Leute anders. Sie sind in einer Welt aufgewachsen, in der sich alle so verhalten und jeder, der dabei nicht mitmacht, „der Dumme“ ist und zum „Looser“ abgestempelt wird. Noch nie, solange ich mich erinnern kann – ich bin im Januar 1945 geboren – war die bundesrepublikanische Gesellschaft so verhärtet und auf den Privategoismus aller gegen jeden getrimmt, noch nie so „cool“ und mitleidlos hart, noch nie „das Mitleiden“ selbst auch wiederum so sehr zur geschäftlichen Schau geworden, wie heute. Klagen Sie also besser nicht die jungen Leute an, die diese Welt, in die sie hineinwachsen, so nicht gemacht haben, sondern klagen sie die Älteren an – auch die Professoren an den Universitäten, vor allem aber die Universitätsleitungen und die politischen und ökonomischen Führer, die sehr viel mehr Verantwortung für diese schlechten und geistlosen Verhältnisse tragen als diese jungen Leute, die gegenwärtig gegen die Neoliberalisierung der Universität demonstrieren. Die neoliberale Transformation der Universität in einen marktkonformen, kapitalförmigen Betrieb bedeutet, nun auch noch die Universitäten, schließlich - der Intention nach - alle Bildungseinrichtungen dem Gesetz des Marktes, dem blinden egoistischen Privatinteresse zu unterwerfen, und die Generation restlos ohne jede Nische und ohne jede Gelegenheit aufwachsen zu lassen, sich, ohne der Leitung durch dieses Gesetz unterworfen zu sein, ihres Verstandes selbständig bedienen zu können. Auch das ist politisch so gewollt, mögen auch Politiker auf allen Ebenen und selbstverständlich auch die „Universitätspräsidenten“ nach den ersten Massenprotesten ihre Hände in Unschuld waschen und ein jeder die Schuld beim anderen suchen, indes sich alle im Stillen darüber einig sind, dass das angebliche „Unglück“ zwar geschehen ist, aber niemand dafür verantwortlich gemacht werden kann, und es das „das System“ war, das dahin „driftete“. So sieht kollektive Verantwortungslosigkeit aus. Wenn Sie dem „Weiter so“ wehren wollen, wenn Sie nicht wollen, dass das Kapital, das sich in der Liberalität des Warentausch versteckt, alles Leben unter sich subsumiert und die moderne Gesellschaft zur restlos eindimensionalen Marktgesellschaft verwandelt, die die systemsoziologische Phrase vom Fortschritt durch funktionale Differenzierung lügen straft, weil der Fortschritt längst schon in funktionale Entdifferenzierung umgeschlagen ist, wenn Sie die Hochschule und den gesamten Bildungssektor als einen funktional ausdifferenzierten Bereich erhalten und stärken wollen, in dem das Leitme-

dium der Kommunikation Wahrheit (Luhmann) ist und dagegen angehen wollen, dass dies Medium durch das des Geldes (Drittmittel) ersetzt wird, dann müssen Sie auch gegen diese Universitäts- und Studienreform als ganze sein. Nicht dieser oder jener Teil der Studienreform ist zu verändern, wie die Politiker auf allen Ebenen, die Hochschulleitungen und die Rektorenkonferenz nun zuvorkommend anbieten, sondern das Projekt als ganzes muss durch die gesellschaftliche Tat widerlegt werden, damit der Weg für eine Universität und ein Bildungssystem frei wird, in dem wir alle ohne Angst lernen und uns zu Menschen bilden können, die fähig und willens sind, in Freiheit ohne Angst miteinander selbstbestimmt Gesellschaft zu machen.

Der gegenwärtige Streik gegen die Reduktion von Bildung auf das Pauken von Wissenswaren und die Abrichtung seiner selbst zur Identität mit sich als variablem Kapital ist womöglich die letzte Gelegenheit, die stattfindende Transformation der Hochschule zu verhindern, gegen die Sie, wenn ich Sie richtig verstehe, im Prinzip doch auch sind, und neu und besser wieder zu beginnen. Verstreicht diese Gelegenheit, ohne dass es den Mitgliedern der Universität gelingt, das von oben aufgezwungene Projekt, das ihres nicht ist, zu Fall zu bringen, so wird die neoliberale Zerstörung der Universität nicht mehr aufzuhalten sein. Erfolg haben kann die derzeitige Revolte aber nur, wenn sich endlich auch jener Teil der Professoren, der sich bisher in persönlichen Gesprächen und Briefen und in Seminaren seit Jahren gegen die „Reform“ ausspricht, aber sich auf keinen Fall „zu weit aus dem Fenster lehnen“ möchte, die Fenster zu Öffentlichkeit öffnet, die Freiheit der öffentlichen Kritik auch an den Zuständen in der eigenen Universität in Anspruch nimmt, sich mit den Studierenden solidarisiert und aktiv dafür streitet, dass der Protest eine bessere Richtung nimmt als die von Ihnen befürchtete. Keinen Erfolg wird sie hingegen haben, wenn jeder Hochschullehrer, ein jeder für sich seine Befürchtungen zum Anlass nimmt, sich heraus- und die Fenster verschlossen zu halten. Zum Erfolg ist es auch notwendig, sich gegen die konformistischen Mitglieder in der Kollegenschaft, die sich – zumeist in Leitungsfunktion - der Herrschaft stets willig als Vollstrecker des angeblichen Sachzwangs zur Verfügung stellen und sich auf diese Weise - „wir sind dabei“ – „wir sind exzellent“ – profilieren wollen. Dass ist zwar persönlich unangenehm, aber nicht zu vermeiden, wenn man das Richtige tun und das falsche Projekt zu Fall bringen will.

Zum Schluss noch einige Gedanken zum ersten Punkt Ihre Schreibens. Ich halte es nicht für richtig, die scheinfreundliche Maskerade der Politiker und Hochschulleitungen, die in der Öffentlichkeit Gesprächsbereitschaft simulieren, den protestierenden Studierenden zur Last zu legen. Kritisieren sollte man dafür ausschließlich nur jene ausgebufften Politiker, deren Beruf

das Fallenstellen, Aussitzen, Austricksen, Überlisten, Hintergehen, Täuschen, Drohen, Disziplinieren ist, und das zu dem einzigen Zweck, ihren Willen von oben herab auch gegen den Willen all jener, die von ihren Beschlüssen betroffen sind und sie durchführen sollen, durchzusetzen und dabei den Eindruck zu schinden, es sei dabei alles mit rechten Dingen und ganz demokratisch und legitim zugegangen. So zu verfahren, also seinen Willen auch gegen den Willen der Betroffenen durchzusetzen, heißt für Max Weber, Macht ausüben. Ihre Ausübung wird im vorliegenden Fall durch die geschickte Anwendung der oben genannten Techniken der Überredung darüber hinaus als Ausübung legitimer Macht bzw. legitimer rationaler Herrschaft durchs „geordnete Verfahren“ mehr getarnt, als dass sie wirklich die Ausübung rationaler Macht ist. Dass das in der Universität und anderen Hochschulen so geschehen konnte, ohne dass sich in der Professorenschaft – auch nicht in jener in den Sozial- und Geisteswissenschaften, deren Aufgabe es doch wäre, das Erbe der Aufklärung, die kritische Vernunft und die Freiheit der Kritik gegenüber den Übergriffen der Macht zu verteidigen und eben nicht zuzulassen, dass die systemischen Kommunikationsmedien Macht und Geld das Medium der Wahrheit in der Universität ersetzen, zeigt an, wie wenig vom Geist der Aufklärung und der Emanzipation an der Universität noch vorhanden war und ist. Damit beziehe ich mich nicht weniger auf die Studierenden als sehr viel mehr auf das lehrende und forschende Personal an den Hochschulen.

Ihr von vielen vorgebrachter Einwand – auch die „linke“ Presse ist voll davon – ist eine Überzeichnung, die die wirkliche heterogene Motivationslage der Studentenschaft nicht wirklich trifft, sondern sie eindimensional überzeichnet. Mir scheint, die Überzeichnung ist eine Rationalisierung für das „wertneutrale“ sich aus allem Heraushalten. Dazu ist hierzulande kaum ein Vorwurf geeigneter, als der, den Sie in Ihrem Kommentar erheben, nämlich dass die protestierenden Studierenden auch nicht besser und mehrheitlich auch von ihrem egoistischen Privatinteresse geleitet seien, zumal das sicher auch, aber ebenso gewiss nicht ausschließlich, der Fall ist. Ihr Argument bliebe eine Rationalisierung im psychoanalytischen Sinne und wäre von seiner pragmatischen Funktion her selbst auch dann noch unwahr, wenn es eine einigermaßen zutreffende Beschreibung der Motivlage und Situation der im Streik befindlichen Studierenden wäre. Hätte diese Rationalisierung Erfolg und würde sich mit Hilfe der kulturindustriellen Meinungsmache durchsetzen - und es spricht manches dafür, dass es so kommen wird - wäre sie zum Kern einer neuen Partialideologie geworden. Neu an dieser Ideologie wäre freilich nur ihr Objekt, das Rationalisierungsmuster selbst hingegen, die ideologische Form, wäre alt, so alt wie die bürgerliche Gesellschaft selbst. Darauf hat Max Horkheimer schon in seinem 1936 erschienenen Essay „Egoismus und Freiheitsbewegung“

hingewiesen, in dem er den von Ihnen nun wieder aufgegriffenen und gegen die aufkommende studentische Freiheitsbewegung gewendeten pseudokritischen Topos scharf kritisiert. Er schreibt darin: „Die nähere Betrachtung der optimistischen und pessimistischen Strömung lässt vielmehr einen Zug hervortreten, der beiden Denkweisen (...) gemeinsam ist (...): die Verdammung des Egoismus, ja des Genusses überhaupt. Sowohl bei der zynischen Verkündung der Bosheit und Gefährlichkeit der menschlichen Natur, die durch einen starken Herrschaftsapparat im Zaum gehalten werden müsse, und bei der ihr entsprechenden puritanischen Lehre von der Sündhaftigkeit des Einzelnen, der mit eiserner Disziplin, in absoluter Unterwerfung unter das Gesetz der Pflicht seine eigenen Triebe niederhalten sollte wie auch bei der entgegengesetzten Beteuerung der ursprünglich reinen und harmonischen Beschaffenheit des Menschen, die nur durch beengende und korrupte Verhältnisse der Gegenwart gestört sei, bietet die absolute Absage an jede egoistische Triebregung die selbstverständliche Basis. Dies erscheint als Widerspruch zur Praxis. Denn je reiner die bürgerliche Gesellschaft zur Herrschaft kommt, je uneingeschränkter sie sich auswirkt, (...) desto mehr gewinnt das ursprünglich fortschrittliche Prinzip des freien Wettbewerbs (...) den Charakter des dauernden Kriegszustandes nach innen und nach außen. Alle, die in diese Welt hineingezogen werden, bilden die egoistischen, ausschließlich feindseligen Seiten ihres Wesens aus, um sich in dieser harten Wirklichkeit zu behaupten.“¹

Dann fragt Horkheimer, wie dieser so konstatierte Widerspruch zu begreifen sei, und kommt zu dem Ergebnis: „Die Kritik am Egoismus passt besser in das System dieser egoistischen Wirklichkeit als seine offene Verteidigung; denn es beruht in steigendem Maß auf der Verleugnung seines Charakters. Das öffentliche Gelten der Regel wäre gleichzeitig auch ihr Untergang.“² Für das Humankapital und jene, die sich darauf abzurichten haben, mit dieser ihrer Funktion möglichst identisch zu werden, heißt das: Ihre Moral soll die Moral „der Fügsamkeit, Selbstredung, Disziplin, und Aufopferung fürs Ganze, d. h. die Unterdrückung ihrer materiellen Ansprüche sein. (...) Der Ausdruck ihrer materiellen Interessen, welche die Moral hier zu beschränken suchte, war nicht das private Unternehmen, **sondern das gemeinsame Handeln, dieses wurde ideologisch durch die Verpönung jener Interessen bekämpft.**“³

¹ Max Horkheimer (1936), Egoismus und Freiheitsbewegung. Zur Anthropologie des bürgerlichen Zeitalters, in: Ders., Kritische Theorie, eine Dokumentation, herausgegeben von Alfred Schmidt, Frankfurt/M. 1968, S. 4f

² a.a. O., S.16

³ a. a. O., S. 14

Damit ist auch die Funktion Ihres Argumentes, die Verpönung der angeblich nur materiellen Interessen der protestierenden Studenten, sehr genau bezeichnet. Es richtet sich nicht gegen das „private Unternehmen“, gegen die Zurichtung der Studierenden zu Ich-AG's als Elementarteilchen des Humankapitals mit anderen solchen Elementarteilchen, gegen die die Studierenden sich in gemeinsamen Handeln wehren, **sondern, verkehrt herum, eben gegen dieses gemeinsamem Handeln**, das es ideologisch durch die Verpönung ihrer angeblich nur materiellen Interessen bekämpft.

Sie verkennen meines Erachtens das politische Geschäft hierzulande, wenn sie mutmaßen, zwischen der simulierten Zustimmung der Politiker, Wirtschaftsbosse und Hochschulleitungen, die vor Ort zum Teil mit sehr rigiden, autoritären Methoden gegen den Protest der streikenden Studentenschaft vorgehen, während ihre politischen Vertreter in Kameras lächeln und Verständnis für den Protest bekunden, gäbe es einen Zusammenhang dergestalt, dass die Konzentration des studentischen Protests auf das „egoistische Privatinteresse“ überhaupt erst die Zustimmung all dieser Damen und Herren zum studentischen Protest gegen das, was diese Damen und Herren doch selbst angerichtet haben, möglich gemacht habe. Die Herstellung eines solchen Zusammenhanges halte ich für eine bloße Konstruktion, eine Erfindung, und eine falsche dazu. Was sich auf der politischen Ebene und in den Talkshows zurzeit abspielt, folgt einem hierzulande gängigen eingeübten politischen Muster, der Stillstellung von Protesten, Diskussionsvermeidung, Aussitzen und eingeübter Abwehr durch ein abstraktes, folgenloses Eingeständnis von Schuld. Dieses Muster ist von den Inhalten, um die es jeweils geht, so wenig abhängig und so wenig darauf bezogen, wie der Tauschwert von Waren nach der Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx auf ihren Gebrauchswert bezogen ist. Es wird unabhängig von den Inhalten, um die es geht, und insofern beliebig verwendet. Das einzige, was wirklich zählt, ist die Funktion des Einsatzes des strategischen Musters. Es wird in jedem Managementseminar empfohlen und sogleich auch eingeübt und findet in der Politik, die mittlerweile auch als Management – Politikmanagement - betrieben wird, überall Anwendung, so auch in der Reaktion der Politik- und Wirtschaftsfunktionäre auf die studentischen Proteste. Das Muster funktioniert so:

- (1) Zunächst muss ein positives Geschäftsklima hergestellt werden, damit man die protestierenden „Kunden“ – die mit solchen Geschäftsusancen noch wenig vertrauten Studenten - anschließend in „warmen“ und „vertrauensvollen“ Gesprächen um so leichter über den Tisch ziehen kann.
- (2) Um ein solches Geschäftsklima herzustellen und das nötige „Vertrauen“ bei protestierenden „Kunden“ zu schaffen, signalisiert man ihnen, dass in der Tat einiges bei der Umsetzung

der Reform schief gelaufen sei, man selbst aber daran unschuldig sei, es so nicht gewollt habe und deshalb zu Korrekturen an der Art, wie die Reform umgesetzt wurde, bereit sei (auf keinen Fall aber an ihr selbst, was man freilich tunlichst verschweigt, weil es das Geschäftsklima gefährden könnte). Jede der beteiligten Protagonisten der neoliberalen Zerstörung der Universität zeigt mit dem Fingern auf den anderen, das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft auf die zuständigen Landesministerien, diese auf die Hochschulleitungen, die ihrerseits den schwarzen Peter an die Landesministerien zurückgeben. So wird den Studierenden gegenüber der Eindruck erweckt, es sei zwar einiges falsch gelaufen, aber eigentlich sei alles nur ein großes Missverständnis, das sich ausbügeln ließe, wenn die Studierenden nur verständig seien und „konstruktiv“ an der Korrektur dessen, wogegen sie protestieren, mitmachen.

(3) Es wäre vermutlich falsch, anzunehmen, die Politikmanager, die so verfahren, glaubten wirklich was sie sagten. Vielmehr handelt es sich hier um ein eingeübtes Zusammenspiel, eine vor der Öffentlichkeit inszenierte „Kollusion“, das heißt ein Zusammenspiel wechselseitiger Selbst- und Fremdtäuschungen⁴, das sich von der üblichen nicht inszenierten Illusion freilich dadurch unterscheidet, dass die Akteure dieses „Spiels“ in stillem Einvernehmen miteinander spielen. Besser: sie spielen es nicht, sie täuschen sich und die anderen Akteure des Spiels nicht wirklich, sondern sie agieren diese Kollusion nur, tun nur so, als ob, simulieren sie vor der Öffentlichkeit. Getäuscht werden nicht sie, sondern getäuscht werden soll dadurch das Publikum, d. i. die Öffentlichkeit und insbesondere die streikenden und protestierenden Studierenden. Ihr und ihnen soll der Eindruck vermittelt werden, alle die der neoliberalen Zerstörung der Universität aktiv zugearbeitet haben, seien eigentlich unschuldig und hätten das Ergebnis – ihr Werk - gar nicht gewollt, und man könne doch über alles reden, wenn man nur ihren „guten Willen“ anerkenne und die Reform als solche nicht in Frage nicht in Frage stelle. Gerade darum aber geht es in dieser historischen Situation, um die Reform als solche, nicht um diesen oder jenen Teil, wie etwa die Studiengebühren, dieses oder jene Modul. Es geht auch nicht nur um die Studienreform. Es geht um die Hochschultransformation zu einem Betrieb, der nach dem Modell einer AG organisiert ist, als ganze, um die Freiheit von

⁴ Der Begriff stammt aus der symbolisch– interaktionistischen Sozialpsychologie. Ronald D. Laing definiert Kollusion so: „Es ist ein Spiel, das von zwei oder mehr Leuten gespielt wird. Das Spiel ist das Spiel gegenseitiger Selbsttäuschung. (...) Jeder spielt das Spiel des anderen, wobei es nicht notwendig ist, dass er sich dessen voll bewusst ist. Ein wesentlicher Grundzug des Spiels ist es, nicht zuzugeben, dass es ein Spiel ist. (...) Die Kollusion des anderen ist erforderlich als Komplement der Identität, die das Selbst aus einem inneren Zwang heraus aufrechterhalten muss. (...) wenn man die Kollusion verweigert, fühlt man sich schuldig, weil man nicht die Verkörperung des vom anderen für seine Identität benötigten Komplements ist. Gibt man aber tatsächlich nach, (...) wird man seinem eigenen Selbst entfremdet und macht sich des Selbstverrates schuldig.“ (R. D. Laing, Das Selbst und die Anderen, Köln 1973, S. 114 – 117)

Forschung und Lehre, die Selbstbestimmung der Lehrenden und Lernenden an der Universität, die Abschaffung der neuen Präsidialverfassung und des Hochschulrates, Wiedereinführung und Ausbau der internen Demokratie in den Hochschulen, in denen die Leitungen – Dekane und Rektoren – wieder gewählte Erste unter Gleichen werden müssen und nicht den Hochschulmitgliedern von außen aufgeherrschte Führungsfiguren sein dürfen. Um all das und den Zusammenhang als dessen geht es – und um nichts weniger. Wo diese Transformation als ganze nicht zur Debatte gestellt wird, ist der „gute Wille“ der Mächtigen bloßer Schein, Inszenierung, Täuschung der Öffentlichkeit, eine Talk-Show eben!

(4) Zum strategischen Muster der Stillstellung des Protestes, dessen Bestandteil die inszenierte Kollusion ist, gehört selbstverständlich immer auch das Angebot des Zuckerbrotes für die Revoltierenden, das die Peitsche vergessen machen soll. Die beschriebene Inszenierung dient auch und vor allem dazu, das Angebot des Zuckerbrotes als ein seriöses, den Protestierenden sehr weit entgegenkommendes Angebot als sehr schmackhaft erscheinen zu lassen. Sie wäre um einen Teil ihres Sinnes gebracht, würde sie nicht auch immerzu mit diesem Angebot locken und vor der Öffentlichkeit ein gewisses Unverständnis dafür signalisieren, dass die streikenden Studenten auf den damit doch bekundeten „guten Willen“ und die „Gesprächsbereitschaft“ nicht eingehen. Beim gegenwärtigen Streik gegen die neoliberale Zerstörung der Universität ist der Köder zur Stillstellung des Protestes, das Zuckerbrot, in der Tat die Verbesserung der materiellen Lage der Studierenden. Das haben Sie in Ihrem Kommentar meines Erachtens richtig erkannt, und darin stimme ich mit Ihnen überein. Nur halte ich die Verbesserung der materiellen Lage der Studierenden in der Tat für eine unabweisable Notwendigkeit, wenn das Studium wieder zu einem Raum werden soll, in dem die Studierenden, entlastet von der Not ums tägliche Brot, sich bilden, d.h. lernen können, sich ihres Verstandes ohne die Unterwerfung unter einen Anderen oder ein Anderes, etwa das Gesetz des Marktes, zu bedienen, so wie es der Aufklärer Kant von mündigen Menschen erwartete, und unter dieser Voraussetzung neu mit einer besseren, kritischen Praxis zu beginnen. Darum aber geht es jenen, die diesen Köder auswerfen, gerade nicht. Ihnen geht es darum, die Studierenden mit diesem Köder zu fangen, ihnen die zerstörerische Transformation der Universität und die Reduktion des Studiums auf die Selbstzurichtung zum Humankapital schmackhaft zu machen. Deshalb fokussieren Politiker, Frau Schavan sei hier namentlich genannt, die öffentliche Diskussion über die Forderung der Studenten stets nur auf diesen einen Punkt, schweigen sich beharrlich über alle politischen Forderungen der Studierenden aus, von denen die nach selbstbestimmtem Lernen zumeist an erster Stelle steht, und erwecken in der Öffentlichkeit systematisch den falschen Eindruck, all diese Forderungen

gebe es gar nicht oder sie gehörten nicht wirklich zur Sache. Dass der von Ihnen zu Recht kritisierte Eindruck in der Öffentlichkeit entsteht, ist also nicht der revoltierenden Studentenschaft vorzuwerfen, sondern Resultat des politischen Kalküls und der politischen Taktik der Mächtigen, die das Projekt der neoliberalen Zerstörung der Universität von oben herab ohne Rücksicht auf den Willen der Betroffenen durchsetzen und zu diesem Zweck den Studierenden auch mal das eine oder andere „Leckerli“ anbieten, wie es jeder Herr für seinen Hund auch in der Tasche hat, um den Hund dazu zu bringen, den Willen des Herrn ‚mit Lust und Laune‘ zu erfüllen. Dass es auch unter den Studierenden ein gehöriges Maß an Konformismus gibt und manch einer geneigt ist, auf das täuschende Angebot hereinzufallen, bestreite ich damit nicht. Aber nicht die streikenden Studierenden, die auch andere, sehr politische Forderungen stellen und es schwer haben, damit Gehör zu finden, sind dafür zu kritisieren, sondern ihre politischen Gegner in den Ministerien und Hochschulleitungen und deren intrigantes politisches Kalkül.

(5) Die revoltierenden Studenten sollen durch das beschriebene strategische Muster des „Konfliktmanagements“, insbesondere durch die inszenierte Kollusion, in eine widersprüchliche Situation gebracht werden, die der des double bind verwandt ist. Der Widerspruch ist wie folgt beschaffen: Akzeptieren die revoltierenden Studenten öffentlich das Gesprächsangebot, akzeptieren sie auch die Situationsdefinition, die dem Angebot stillschweigend zu Grunde liegt, nämlich dass das Projekt selbst, die neoliberale Transformation der Universität, nicht zu Debatte stehe. Nur unter dieser Voraussetzung, so wird ihnen bedeutet, sei ein Gespräch sinnvoll und hätten sie Entgegenkommen zu erwarten. Lassen sich die Studierenden darauf ein und nehmen das Angebot an, haben sie sich der Definition der Situation durch die Vollstrecker der neoliberalen Transformation der Universität in einem Akt „freiwilliger Selbstunterstellung“ unterworfen und hätten verloren, bevor sie so richtig angefangen haben. Dafür werden sie im Gegenzug mit kleineren Leckerlis belohnt. Lassen sie sich nicht darauf ein und bestehen darauf, dass das Projekt selbst als ganzes zur Disposition gestellt wird und lehnen das Angebot ab, werden sie von den Massenmedien der Kulturindustrie als „intolerant“ und als „Linksradikale“, die nicht mit sich reden lassen wollen, abgestempelt, indes jene Politiker, die das intrigante Machtspiel aus der Position der Überlegenheit spielen, als tolerante Menschen guten Willens dargestellt werden, die bereit waren und sind, den Studierenden entgegenzukommen, von ihnen aber abgewiesen wurden. Deshalb trügen die Studierenden wegen ihrer „Intoleranz“ und „unvernünftigen Radikalität“ oder auch wegen ihres „egoistischen Materialismus“ selbst Schuld an dem Scheitern des „gut gemeinten“ Reformprojektes. So wird den Studierenden vorsehend der „schwarze Peter“ zugeschoben.

Wie sich in dieser Situation verhalten?

1. Die Streikenden sollten meines Erachtens kein Verhandlungsangebot annehmen, das unter der oben genannten Prämisse erfolgt, sondern stets darauf insistieren, dass in den angebotenen Verhandlungen auch das Projekt als ganzes zur Disposition gestellt werden kann. Wird das abgelehnt, sollten sie Verhandlungen ablehnen, auch wenn das in den Massenmedien als „Intoleranz“ oder „linksextrem“ beschimpft würde.

2. Die Streikenden sollten in den Auseinandersetzungen mit den Vollstreckern der Projekt der neoliberalen Transformation der Universität nicht so sehr auf das achten, was diese anbieten und thematisieren (also auf den Köder), sondern darauf, was sie verschweigen, aus der öffentlichen Diskussion heraushalten, und gerade diese Forderungen insistierend in die Diskussion bringen. Sie gerade sind die wichtigen politischen Forderungen, die das neoliberale Projekt aus den Angeln heben.

3. Die Streikenden sollten sich nicht dazu verurteilen, sich innerhalb des von den Massenmedien akzeptierten strategischen Musters der Vertreter von Staat und Wirtschaft, ihrer inszenierten Kollusion und der angebotenen falschen Alternative wie Gefangene zu bewegen. Aus dieser Situation der Gefangenschaft kommen sie nur dadurch heraus, dass sie dieses Muster selbst nicht annehmen, sondern es selbst mitsamt den kollusionären Inszenierungen und den dargebotenen falschen Alternativen öffentlich thematisieren, d. h. praktische Kritik nicht nur an dem schlechten Projekt der neoliberalen Transformation der Universität, sondern auch öffentlich an der Politik und dem diesem Muster entsprechenden politischen Umgang mit den Streikenden üben. Es gilt, die Verhältnisse nicht akzeptieren, um diesen oder jenen Vorteil zu erhaschen, sondern sie ohne blinden Aktionismus, der völlig falsch wäre, zum Tanzen bringen. Das ist sehr schwierig. Denn es verlangt von den Studierenden, dass sie doppelgleisig fahren, d. h. in der öffentlichen Diskussion stets sowohl auf den Inhalt von vorgetragenen Argumenten als auch auf deren gesellschaftliche Funktion achten, und auf beide reflektieren

4. Die Revoltierenden sollten es nicht zulassen, dass einzelne Studierende, weil sie bestimmte Funktionen ausüben (etwa Fachbereichsratsmitglieder, Senatsmitglieder, Astamitglieder etc. sind) als angebliche Repräsentanten der Revolte an öffentlichen Diskussionen teilnehmen und mit Hochschulleitungen Verhandlungen führen. Das sollten immer nur Gruppen Studierender tun, die das Vertrauen der Vollversammlung der Streikenden haben. Es muss auch im Auftreten in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden, dass die Revolte eine gemeinsame

und solidarische Aktion ist. Das darf man sich nicht durch vordergründige, angeblich „pragmatische Einwände“ der Gegenseite abluchsen lassen. Nur gemeinsam sind die Streikenden stark. Deshalb wird die Gegenpartei bestrebt sein, zu vereinzeln, indem sie etwa die Eitelkeit einzelner Studierendenverteter anspricht und in ihrem Geschäftsinteresse unter ihnen „differenziert“. Darauf darf man nicht hereinfallen.

5. Die streikende Studentenschaft sollte sich sehr viel engagierter darum bemühen, kritische Hochschullehrer für die Sache der Streikenden zu gewinnen. Denn es geht in diesem Streik und dieser Revolte ja nicht nur um studentische Angelegenheiten, sondern um die zukünftige Struktur der Universität und der Hochschulen. Sie betrifft die Hochschullehrer genauso wie die Studierenden und verändert ihre Stellung im Verhältnis zum Dekan, zur Hochschulleitung und den Studierenden einschneidend⁵, wenngleich auch manch einer von ihnen das immer noch nicht richtig realisiert hat. Gewiss gibt es in der Professorenschaft wie überall sonst auch konformistische „hardliner“, die es mit der Macht halten und nicht mit der „freien Republik von forschenden Lehrenden und Lernenden“. Sie sind meiner Erfahrung nach besonders häufig in den Leitungsgremien zu finden - dort, wo verwaltet, aber nicht geforscht und gelehrt wird. Aber es gibt auch sehr viele andere, die den stattfindenden Umstrukturierungsprozess für falsch halten, ihn nicht wollen und sich an ihren Hochschulen bisher nicht zu Wort melden, wohl auch weil sie es sich mit der Hochschulleitung nicht verderben wollen, die nach dem neuen Hochschulgesetz ihr unmittelbarer Vorgesetzter und unmittelbare Disziplinarinstanz ist, und weil sie den Eindruck haben, dass die streikenden Studierenden ihre Solidarität gar nicht wollen. Auch hier gilt: als Einzelner vermag ein Professor ohne die Solidarität wenigstens eines Teils seiner Kollegen wenig und ist Schikanen von oben ausgesetzt. Findet sich aber eine entschlossene solidarische Gruppe von Kollegen in vielen Fachbereichen an allen Universitäten, die gemeinsam mit den Studierenden streitet und sich mit ihren berechtigten politischen Forderungen, die auch ihre sind, solidarisiert, wäre sehr viel gewonnen, und der Widerstand gegen die neoliberale Zerstörung der Universität erhielte eine neue Dimension. In dieser Hinsicht ist bisher entweder wenig Aktivität entwickelt worden

⁵ s. hierzu:

Gerhard Stapelfeldt „Kritik der neoliberalen Zerstörung der Universität, im Kritiknetz (<http://bit.ly/88B5Tj>)

Heinz Gess, Thesen zur autoritären, kapitalförmigen Transformation der Universität im „New Age“, im Kritiknetz (<http://bit.ly/5549ZX>)

Heinz Gess, Hochschulpraxis in der Kritik – Warum und Wie die Hochschulreform nach dem Hochschulfreiheitsgesetz Unfreiheit fördert und Kritische Aufklärung erschwert, im Kritiknetz (<http://bit.ly/4Dz9H5>)

oder vieles falsch gelaufen und es gäbe einiges zu tun und zu korrigieren, um den Widerstand gegen das schlechte Projekt zu stärken.

6. Was die revoltierende Studentenschaft auf jeden Fall vermeiden sollte, ist blinder Aktionismus und strategischen und taktischen Fragen den Vorrang vor allem anderen zu geben und darin besser sein zu wollen als die Gegenseite, deren politisches Geschäft Taktik, Manipulation und Reklame ist. Theorie und Praxis - auch das gehört zum unbedingt zu Vermeidenden – dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Das zu tun ist Bestandteil des Interesses jener, die das neoliberale Projekt implementieren wollen und die Universität dadurch zerstören. Sie sind Feinde der (kritischen) Theorie, Feinde von Theorie überhaupt, von der sie das Studium zugunsten einer theorielosen, technisch versierten Praxis, „entrümpeln“ möchten. Dagegen ist mit Adorno festzuhalten: Der bornierte Politiker von heutzutage, der sich rühmt: „Meine Herren, ich bin vor allem praktisch“ und „grau ist alle Theorie“, „offenbart sich als Wicht, der über die anfallenden Aufgaben nicht hinaussieht und sich auch noch selbst etwas darauf einbildet. Sein Gestus denunziert den Geist von Praxis selber als Ungeist.“ Das nicht Bornierte, das die revoltierende Studentenschaft anstrebt, wenn sie selbstbestimmtes Lernen und das Erlernen der Fähigkeit zu Kritik als Ziele der Revolte benennt, wird nicht von Betriebsamkeit und Geschäftigkeit, sondern von Theorie vertreten. „Trotz all ihrer Unfreiheit ist sie im Unfreien Statthalter der Freiheit“.⁶ Deshalb wird Theoriefeindschaft immer zur Schwäche der Praxis, die anderes und besseres will, als nur blind immer wieder neu die Unfreiheit reproduzieren. Dass sie das nicht bedachte, sondern die angeblich revolutionäre Praxis besinnungslos gegen die kritische Theorie ausspielte und letztere hämisch als praxisfern über Bord warf, war sicher nicht der geringste Fehler der späten 68er. Diesen Fehler zu wiederholen wäre in der gegenwärtigen Situation fatal.

Mit den besten Grüßen

Heinz Gess

⁶ Theodor W. Adorno. Marginalien zur Theorie und Praxis, in derselbe: Ges. Schriften 10.2 Kulturkritik und Gesellschaft II, Frankfurt/M. 1977, S. 763

